

Vernehmlassung zum kantonalen Berufsbildungsfonds

1. Unterstützen Sie die Idee einer solidarischen Finanzierung der Berufsbildung?

Antwort: Ja

Begründung:

Die FDP.Die Liberalen unterstützen das Konzept eines solidarisch finanzierten Berufsbildungsfonds, sofern dieser wirtschaftsnah, einfach und effektiv ausgestaltet ist. Die Fachkräftesicherung betrifft die gesamte Luzerner Wirtschaft. Auch Arbeitgeber ohne eigene Lernende profitieren langfristig von gut qualifizierten Fachkräften. Wichtig ist, dass der Fonds transparent verwaltet und effizient eingesetzt wird.

Wir begrüssen, dass Ausbildungsbetriebe direkt profitieren. Gleichzeitig sind wir der Meinung, auch im Sinne der Inklusion, dass der Fonds Ausbildungsvielfalt fördern muss. Dazu gehören auch Praktische Ausbildungen (PrA INSOS), Vorlehren und erste berufliche Ausbildungen gemäss Art. 16 IVG, sofern sie im Rahmen der beruflichen Grundbildung im ersten Arbeitsmarkt erfolgen. Diese tragen wesentlich zur Chancengleichheit und langfristigen Integration in die Arbeitswelt bei.

2. Sind Sie mit der Aufteilung der Fondsmittel (15 % Projekte/Innovation, 82 % Rückvergütung, 3 % Verwaltungskosten) einverstanden?

Antwort: Ja

Begründung:

Die Aufteilung ist grundsätzlich sinnvoll und entspricht liberalen Grundsätzen: Der Hauptteil der Mittel fliesst zurück an die Ausbildungsbetriebe. Die Projektmittel müssen einem klar definierten Förderzweck dienen und effizient eingesetzt werden.

Die Vergütung der Lehrbetriebe soll auch Ausbildungsplätze in PrA INSOS, Vorlehren und IV-unterstützten erstmaligen beruflichen Ausbildungen berücksichtigen. Es wäre ein Rückschritt, wenn ausgerechnet jene Betriebe, die Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf ausbilden, leer ausgingen, während andere Praktika (z. B. in WMS, HMS) beitragsberechtigt sind. Dies wäre nicht nur bildungspolitisch sondern auch integrationspolitisch fragwürdig.

Die FDP.Die Liberalen ist ausserdem der Meinung, dass auch vorbereitende berufliche Massnahmen mit Ausbildungscharakter beitragsberechtigt sind, sofern sie auf EBA/EFZ oder gleichwertige Berufsfähigkeit vorbereiten.

3. Sind Sie einverstanden, dass alle Arbeitgebenden beitragspflichtig sind?

Antwort: teilweise

Begründung:

Die FDP.Die Liberalen befürwortet eine breite Beitragspflicht teilweise mit gezielten Differenzierungen:

- Lehrbetriebe mit hoher Ausbildungsdichte sollen entlastet oder sogar vollständig kompensiert werden.
- Kleine Betriebe sollten wahlweise von der Beitragspflicht befreit werden, um unnötige Bürokratie bei geringen Erträgen zu vermeiden. (mögliche Einstufung über Jahreslohnsumme zu definieren)
- Lehrbetriebe, die integrative Ausbildungen anbieten (z. B. PrA INSOS, IV-Ausbildungen), leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Diese Engagements sollen gefördert, nicht zusätzlich belastet werden.
- Lehrbetriebe mit nachweislich unbesetzten Lehrstellen sollen ebenfalls von der Beitragspflicht befreit oder reduziert werden können. Wer investiert und bereit ist auszubilden, jedoch z. B. mangels Bewerbungen, keine Besetzung realisieren kann, leistet einen Beitrag zum System und darf nicht gleichbehandelt werden wie Betriebe ohne jegliche Ausbildungsabsicht.

Die FDP.Die Liberalen ist der Meinung, dass eine pauschale Beitragspflicht ohne Rücksicht auf Ausbildungsleistung und Unternehmensgrösse, weder fair noch wirtschaftlich sinnvoll ist.

4. Sind Sie einverstanden, dass Unternehmen, welche bereits in einen der 35 allgemeinverbindlich erklärten Branchen-Berufsbildungsfonds einzahlen, ebenfalls beitragspflichtig sind?

Antwort: Nein

Begründung:

Die FDP.Die Liberalen lehnt eine Doppelbesteuerung ab. Unternehmen, die bereits Beiträge an branchenbezogene Berufsbildungsfonds leisten, sollen zumindest teilweise entlastet oder ihre Beiträge angerechnet bekommen. Auch wenn sich die Förderzwecke formal unterscheiden, ist die Doppelbelastung wirtschaftlich untragbar, insbesondere für Unternehmen in Branchen mit hohem Ausbildungsengagement.

Ein Verzicht auf Ausnahmen aus rein administrativen Gründen wäre kein überzeugendes Argument. Hier braucht es andere Lösungen z. B. pauschale Teilanrechnungen, branchenspezifische Gutschriften oder Freibeträge.

5. Falls aus Ihrer Sicht am vorgeschlagenen kantonalen Berufsbildungsfonds etwas geändert werden soll, was wäre dies?

1. Inklusive Ausbildungsformen müssen berücksichtigt werden.
Der Fonds muss auch Ausbildungsplätze in PrA INSOS, Vorlehren und IV-Ausbildungen nach Art. 16 IVG vergüten, sofern sie im Rahmen der beruflichen Grundbildung im ersten Arbeitsmarkt stattfinden. Diese Angebote bereiten gezielt auf EBA/EFZ vor und sind essenziell für Chancengleichheit.
2. Betriebe mit hoher Ausbildungsleistung, kleinen Lohnsummen oder nachgewiesenen Branchenbeiträgen sollen entlastet werden, allenfalls durch pauschale Rabatte, Beitragsdeckel oder Anrechnungsmodelle.
3. Die Experten und Expertinnen spielen eine tragende Rolle in der Berufsbildung. Trotz bereits tiefen Entschädigungsniveaus wurden in der Vergangenheit die Stundenansätze im Rahmen von Sparmassnahmen reduziert. Der Berufsbildungsfonds bietet nun die Chance, diese Leistung wieder angemessen zu entschädigen. Die FDP.Die Liberalen ist klar der Meinung, dass die finanzielle Aufwertung der Expertenarbeit nun aus Mitteln des Fonds entsprechend anzupassen ist. Dieses Zeichen ist überfällig und kann jetzt gesetzt werden.
4. Die 15 % Projektmittel sind jährlich auf Wirkung und Zielerreichung zu überprüfen. Gefördert werden sollen nur Massnahmen mit Breitenwirkung, wie etwa die Schaffung neuer Ausbildungsverbünde oder moderne Lehrstellenmarketing-Formate.
5. Der Fonds soll im Staatsbudget sichtbar ausgewiesen werden. Mittelverwendung, Kommissionsentscheide und Evaluationsberichte sollen öffentlich einsehbar sein.
6. Die Umsetzung muss digitalisiert, automatisiert und benutzerfreundlich sein. Keine zusätzlichen administrativen Hürden für Lehrbetriebe.

Die FDP.Die Liberalen befürwortet den kantonalen Berufsbildungsfonds in seiner Stossrichtung, verlangt jedoch klare Anpassungen zur Stärkung der Fairness, Inklusion und Effizienz. Es braucht ein liberales, chancenorientiertes Modell, das alle Ausbildungsformen einbezieht, das administrativ schlank bleibt und Ausbildungsleistung belohnt statt belastet.